Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 93 (1999)

Heft: 6

Artikel: Diskussion : Fortsetzung der Diskussion um ein anderes Politikverständnis im Feminismus : zu Willy Spieler : Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99) ; Feminismus im Mainstream von Sozialstaatskritik und Marktgläubigkeit?

Autor: Praetorius, Ina / Spieler, Willy

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144177

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Fortsetzung der Diskussion um ein anderes Politikverständnis im Feminismus

Zu Willy Spieler: Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99)

Lieber Willy

Ein Paradigmenwechsel, der nicht die Reformulierung des Herkömmlichen in lange nicht mehr gehörter Grundsätzlichkeit provozieren würde, wäre keiner. Bekanntlich fordert ein neues Paradigma, «eine altehrwürdige Theorie zugunsten einer anderen, nicht mit ihr zu vereinbarenden zurückzuweisen»[1], wodurch unweigerlich scheinbar unverrückbare Massstäbe, Problemlösungsansätze und Geschichtsbilder ins Wanken geraten. Grundsatzdebatten – gerade auch moralischer Art – sind eine notwendige Begleiterscheinung des Paradigmenwechsels, weshalb Deine prompte, nicht emotionsfreie Reaktion unsere These vom in Gang befindlichen tiefgreifenden Wandel des Politischen bestätigt. Ich danke Dir für Deine Erwiderung, die ich meinerseits in sechs Punkten beantworten möchte, wodurch, so hoffe ich, die begonnene Debatte neue Nahrung erhält.

Überholte Unterscheidung zwischen Personalethik und Sozialethik

1. Die Kernthese unseres Textes, die Du in Deiner Antwort nicht berührst, heisst: Die Frauen haben die Zuständigkeit für private Beziehungspflege und Sinnstiftung, die man ihnen im Zuge der Entstehung des säkular-androzentrischen Staates zugeschoben hat, definitiv zurückgewiesen. Denn sie haben erkannt, dass die sich auf der Grundlage vermeintlich gerechter Verhältnisse angeblich frei nach «personalethischen» (oder auch «natürlichen») Gesetzmässigkeiten entfaltenden Beziehungen in Wahrheit die *Arbeit* sind, die sie tagtäglich ohne angemessene Anerkennung verrichten. Beziehungen – seien sie nun strukturell vermittelt oder «unmittelbar» – entstehen und bestehen nicht als quasi naturwüchsiges Resultat spontaner Zuneigung, sondern sind das Ergebnis bewusster Gestaltung und oft harter Arbeit. Was not tut, um das androzentrische mit dem beziehungsorientierten Politikverständnis zu vermitteln, ist deshalb eine Entmythologisierung des herkömmlichen Verständnisses der «Unmittelbarkeit» privater Beziehungen, das Du vorauszusetzen scheinst, und eine Debatte darüber, was öffentliche und private Beziehungen in Wahrheit sind, wie sie entstehen und wie sie Beständigkeit gewinnen.

2. Die von Dir als gegeben hingenommene Unterscheidung von Personalethik und Sozialethik hält der Erfahrung von Frauen und der sich daran anschliessenden feministischen Theorie nicht stand. Feministische Denkerinnen weisen diese Unterscheidung als einen der vielen Dualismen zurück, auf denen die androzentrisch verzerrte Weltsicht ruht. Einer der ältesten und prägnantesten Leitsätze der Frauenbewegung, der heute im Sinne des Paradigmenwechsels neu zu interpretieren wäre, heisst bekanntlich: «Das Private ist politisch.» Die in dieser Parole auf eine Kurzform gebrachte Erkenntnis der Mittelbarkeit *aller* Beziehungen hat bereits in den siebziger Jahren das vermeintliche Gegenüber von strukturvermittelter Öffentlichkeit und «vorpolitischer»[2] Privatsphäre ad absurdum geführt.

Die Sinnfrage an die Politik zurückgeben

3. Es ist richtig, dass die Sinnfrage nie mehr von einem autoritären Staat oder einer staatsbeherrschenden Institution für alle beantwortet werden soll. Ebensowenig aber darf sie in Familien, Kindergärten, Sonntagsschulen und Pflegeheime abgedrängt werden, wo sie als unter- oder unbezahlte Frauenarbeit ein oft menschenunwürdiges Dasein fristet, während eine gutbezahlte classe politique sich mit Rechenübungen beschäftigt. Eine sinnstiftende Politik zu fordern ist nicht per se «neokonservativ», sondern in unserem Verständnis logische Konsequenz feministischer Politik, die es ablehnt, Sinnstiftung weiterhin als privatisierte und unsichtbar gemachte weibliche Arbeit zu betreiben. Die Sinnfrage an die Politik zurückzugeben, ist nicht eine Idee oder Ideologie, die wir uns ausgedacht haben, sondern Reflexion langjähriger feministisch-politischer Praxis. Das Verhältnis von Privatsphäre, Politik und Sinnstiftung muss *neu* buchstabiert werden.

4. Der weltanschaulich und religiös neutrale demokratische Staat westlicher Prägung erscheint in Deiner Darstellung als unüberbietbarer Höhepunkt der Geschichte, demgegenüber Einsprüche, die – übrigens auch im Sinne der «linken» Tradition der Dialektik der Aufklärung – Defizite im Kern dieser Politikkonzeption feststellen, notwendigerweise als reaktionär erschei-

nen. Frauen, die sich erst vor wenigen Jahrzehnten den Zugang zu den politischen Rechten in diesem angeblich neutralen Staat gegen massiven Widerstand erkämpft haben, können diese affirmative Einschätzung des Status quo kaum nachvollziehen. Allerdings hast Du meiner Meinung nach richtig erkannt, dass eine präzise Bestimmung des Verhältnis zwischen feministischem Politikverständnisses und dem gegenwärtigen Stand westlicher Demokratien und den in ihnen erreichten Standards von Rechtssicherheit, persönlicher Freiheit und Partizipation — auch für Frauen — noch aussteht. An diesem Punkt weist unser Gespräch tatsächlich Lücken auf, die in der weiteren Debatte zu schliessen sind.

Feministinnen haben nicht die Linke zu verteidigen

5. Der Feminismus hat viel von «der Linken» gelernt. Viele ehemals linke Feministinnen haben sich aber in den letzten Jahren aus der väterlichen Umarmung gelöst, weil die Linke sich als unfähig erwiesen hat, den Feminismus als *Projekt gesellschaftlicher Transformation*[3] – jenseits simpler Gleichstellungspolitik – in denkerisch ernstzunehmender Weise in ihre Theoriebildung zu integrieren. Das zeigt gerade der von Dir zitierte Text von Mascha Madörin, in dem sie – wieder einmal – die Blindheit linker Diskurse für den *eigenen* Androzentrismus diagnostiziert.[4] Als Feministinnen erachten wir es nicht mehr als unsere Aufgabe, «die Linke» – sei sie nun eine zu rettende Einheit oder eine diffuse Vielheit – als solche zu verteidigen. Vielmehr treten wir, ausgehend von unserem eigenen Politikverständnis, in Dialog mit unterschiedlichen, auch «bürgerlichen» GesprächspartnerInnen. Die von Dir als «neokonservativ» bezeichnete These etwa, der androzentrische Sozialstaat habe durch sein ökonomistisches (Miss-)Verständnis des Sozialen der Illusion der Machbarkeit sinnvollen Zusammenlebens Vorschub geleistet, scheint uns diskussionswürdig und wird bereits diskutiert.[5] Vom feministischen Standpunkt aus urteilen wir auch, welche – möglicherweise verschütteten, weil nicht mit dem sozialdemokratisch-modernistischen linken Mainstream zu vereinbarenden – Traditionen der Linken sich als hilfreich für die Weiterentwicklung des neuen Paradigmas erweisen.[6]

6. Unberechenbar sind nicht nur Lawinen, Stürme und Krankheiten, sondern auch Menschen, insofern sie frei und voneinander verschieden sind. Das zeigt sich an jeder neu heranwachsenden Generation, die sich um herkömmliche Welterklärungen oft wenig schert, die heute zum Beispiel die Linke «ins Museum»[7] schickt, ohne deshalb konservativ zu sein. Es ist Aufgabe der Politik, Menschen, insofern sie *voneinander verschieden* und also unberechenbar sind, in ein Netz gelingender Beziehungen zueinander zu bringen und so den Bestand des Zusammenlebens in der Welt zu sichern.[8] Was Du als primäre Aufgabe des Politischen benennst, die Herstellung gerechter Verhältnisse und also die Erfüllung unhintergehbarer menschlicher Grundbedürfnisse – sei es über das Medium Geld oder über andere Tauschformen –, ist in Wahrheit Aufgabe der *Wirtschaft*. Dass die Wirtschaft heute himmelweit davon entfernt ist, diese ihre – in jedem Lexikon nachzulesende – genuine Aufgabe zu erfüllen, sollte für die Politik kein Grund sein, folgsam eine Rolle zu übernehmen, die nicht die ihre ist. Dass gängige Politik sich heute der genuin ökonomischen Praxis des *Ausrechnens* und *Machens* gerechter Verhältnisse verschrieben hat, macht ihre Schwäche und Erneuerungsbedürftigkeit aus.

Ich freue mich auf die weitere Debatte und grüsse Dich herzlich aus dem inzwischen nicht mehr verschneiten, dafür von Erdrutschen bedrohten Toggenburg.

Ina Praetorius

1 Thomas S.Kuhn, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt a.M. 1976, S. 20f.
2 Vgl. z.B. Helmut Thielicke, Theologische Ethik, 3. Teil, Tübingen 1964. Vgl. zur Kritik der in der christlichen Ethik gängigen Gegenüberstellung von strukturvermittelter Öffentlichkeit und «vorpolitischer» Privatsphäre: Ina Praetorius, Anthropologie und Frauenbild, 2. Aufl., Gütersloh 1994.
3 Zur Unterscheidung zwischen Interessenvertretung und gesellschaftlicher Transformation vgl. Hannah Arendt, Vita activa, z.B. das Kapitel «Die Arbeiterbewegung».
4 WoZ 29.4.99.
5 Vgl. Helga Braun, Dörte Jung, Globale Gerechtigkeit?, Hamburg 1997, Rezension in: NW1/1999, S. 35.
6 Vgl. Andrea Günter, Überschneidungen, Korrespondenzen, Unvereinbarkeiten: Das Verhältnis von Befreiungstheologie, bürgerlicher und marxistischer Subjekttheorie, historischem Materialismus und Postmoderne, in: Dies., Politische Theorie und sexuelle Differenz, Königstein/Taunus 1998, S. 117–138.
7 Saiten. St. Galler Kulturmagazin, Mai 1999, S. 38.
8 Vgl. Hannah Arendt, Vita activa. Vgl. auch: Andrea Günter, Politische Theorie und sexuelle Differenz a.a.O., Einleitung

Feminismus im Mainstream von Sozialstaatskritik und Marktgläubigkeit?

Liebe Ina

Politik ist nie frei von Emotionen. Es mag sogar sein, dass ich mit dieser zweiten Reaktion auf das «andere Politikverständnis», das Du zusammen mit Andrea Günter entwickelt hast, emotional noch etwas zulege. Zu sehr läuft Euer «Politikverständnis» auf eine Entpolitisierung des Politischen hinaus. Es ist auch gar nicht so «anders», wie Ihr meint. Was bei Euch als feministischer Paradigmenwechsel daherkommt, bewegt sich für meine Wahrnehmung im Schlepptau neokonservativer und neoliberaler Sozialstaatskritik, wie sie nach dem Ende der Systemkonkurrenz zwischen West und Ost gesellschaftsfähig geworden ist. Bis zum Blocherschen Versatzstück von der «classe politique» seid Ihr in diesem Mainstream befangen. Auch der Neoliberalismus schickt die «Linke ins Museum», weil «modern» nur ist, was dem Markte dient. Was ich vermisse, ist die feministische Unterscheidung der Geister.

Gerne repliziere ich auf Deine sechs Punkte:

Politisierung des Privaten oder Privatisierung der Politik?

1. Eure «Kernthese», dass Frauen nicht länger «für private Beziehungspflege und Sinnstiftung» zuständig sein sollen, habe ich nicht kritisiert, weil ich daran nichts zu kritisieren habe. Nur halte ich diese Selbstverständlichkeit nicht für den «Kern» Eurer Diskussion. Dieser liegt für mich in der Aufhebung der *«Dualismen»* von Personalethik und Sozialethik, von Politik und Beziehungspflege, von «öffentlich» und «privat».

2. Die Unterscheidung von Personalethik und Sozialethik ist so alt nicht, dass sie einfach einer «androzentrisch verzerrten Weltsicht» zugeordnet werden dürfte. Im Gegenteil, es war und ist gerade das Patriarchat, das diese Unterscheidung ablehnte und noch ablehnt.

Ich beginne mit der Definition der beiden Arten von Ethik, wie sie Arthur Rich im 1. Band seiner «Wirtschaftsethik» 1984 entwickelt hat. Danach befasst sich die *Personalethik* mit der Beziehung vom Ich zum Du oder vom Wir zum Ihr. Die «Unmittelbarkeit» besteht nicht aus «Naturwüchsigkeit», wie Du unterstellst, sondern aus der direkten Beziehung zwischen Menschen. Diese Beziehung unterliegt einem Massstab des Gelingens, ist also – da stimmen wir überein – «das Ergebnis bewusster Gestaltung und oft harter Arbeit». Für Rich z.B. ist die Nächstenliebe die alles andere als naturwüchsige Voraussetzung einer im personalethischen Sinn gelingenden Beziehung.

Die *Sozialethik* dagegen betrifft die zwischenmenschlichen Beziehungen, soweit sie durch gesellschaftliche und rechtliche Strukturen, Normen oder Institutionen vermittelt werden. Das und nichts anderes bedeutet für mich die Unterscheidung zwischen Unmittelbarkeit und Mittelbarkeit. Ich vermute, wir gehen von so unterschiedlichen Begriffen – und nicht nur Erfahrungen – aus, dass Missverständnisse unausweichlich werden.

Unverständlich ist für mich eine feministische Kritik an dieser angeblich androzentrischen Unterscheidung. Es ist doch gerade das Patriarchat, das meint, keiner Sozialethik zu bedürfen, da die Herrschenden unmittelbar für die Untertanen zuständig seien, die Männer unmittelbar für «ihre» Frauen sorgten, «gelingende Beziehungen» also unmittelbar «von oben» gewährleistet würden. Nur schon das allgemeine Stimmrecht, das Männern wie Frauen zukommt, war seinerzeit eine sozialethisch begründete Provokation für das Patriarchat. Wenn es um Demokratie in der Wirtschaft oder in der Schule geht, heisst es noch heute, ein guter Patron kümmere sich doch hinreichend um «sein Humankapital» und ein guter Lehrer nehme «seine» Schülerinnen und Schüler genügend ernst, was brauche es da noch strukturell verbürgte Mitbestimmung? Und bekommen nicht gerade Feministinnen vom Patriarchat den Vorwurf zu hören, dass sie sich nicht mit «gelingenden Beziehungen» (personalethisch) begnügten, sondern umgekehrt die rechtliche Stellung der Frau mit politischen Mitteln (sozialethisch) zu verändern suchten? Dass es Strukturen der Mitbestimmung, der Quoten, der Gleichstellung braucht, um Frauen auf gleiche Augenhöhe wie Männer, Arbeitende auf gleiche Augenhöhe wie Kapitalgeber, Schülerinnen auf gleiche Augenhöhe wie Lehrer zu bringen, damit ein möglichst herrschaftsfreier Dialog zu menschen- und sachgerechten Lösungen führen kann, gehört zu den Erkenntnissen «moderner» Sozialethik, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

Ich verstehe auch nicht, warum die *Geldfrage* in der Geschlechterbeziehung keine Rolle mehr spielen soll. Als ob es gleichgültig wäre, wie die Frau in der AHV gestellt ist, ob die Schweiz eine Mutterschaftsversicherung einführt, ob Frauen über ein existenzsicherndes Einkommen verfügen, ob die Stadt Zürich ein Frauenzentrum finanziell unterstützt usw. Es ist das Patriarchat, das den Frauen einredet, sie brauchten keine rechtliche und ökonomische Absicherung, es genüge die Eigenverantwortung – der Männer.

Gewiss ist es auch politisch nicht gleichgültig, ob wir «privat» solidarische oder egoistische

Menschen sind, da unser Verhalten die Strukturen prägt und von ihnen geprägt wird. Diese Dialektik beobachten wir z.B. zwischen einem egoistischem Verhalten im privaten Umgang und politischen «Deregulierungen», die auf eine Ellbogengesellschaft hinauslaufen, oder zwischen Sexismus in den unmittelbaren Beziehungen der Geschlechter und der «strukturellen Sünde des Sexismus» durch rechtliche oder wirtschaftliche Diskriminierung usw.

Nur scheint Ihr den Satz, dass auch das Private politisch sei, nicht so zu verstehen. Ihr nehmt das Politische vielmehr in das Private zurück, indem Ihr es auf «gelingende Beziehungen» reduziert. Euer ostentatives Desinteresse an Strukturen, selbst patriarchalischen, grenzt für mich an jenen Realitätsverlust, der die Feministinnen aus dem Mailänder Frauenbuchladen sagen lässt, das *Patriarchat sei überwunden*. Das Patriarchat wird es Euch danken. Denn die Repression ist perfekt, wenn sie nicht mehr als solche empfunden wird. Ihr mögt unter gelingenden Beziehungen etwas anderes verstehen – soweit diese von Strukturen abhängig sind, werdet Ihr auf Granit beissen, wenn Ihr meint, mit Eurem Politikverständnis etwas ändern zu können.

Autonome Politik und Politik der Autonomie

3. Gerne stimme ich Dir zu, dass *Sinnstiftung* kein Reservat des Weiblichen sein kann und darf. Was es aber heisst, Sinnstiftung an die Politik zurückgeben zu wollen, habe ich im letzten Heft ausgeführt. Nochmals: Der Sinn des Politischen liegt nicht in der Sinnstiftung für zwischenmenschliche Beziehungen, sondern in der Ermöglichung jener Autonomie, die gelingende Beziehungen fördert und jedenfalls nicht behindert. Du willst «das Verhältnis von Privatsphäre, Politik und Sinnstiftung neu buchstabieren». Ich bin gespannt.

4. Der weltanschaulich und religiös *neutrale Staat* ist Ausdruck der Toleranz gegenüber Menschen verschiedenen Glaubens. Ich sehe nicht, weshalb wir hinter diese Errungenschaft der Aufklärung zurückfallen sollten. Dein Einwand, die Frauen hätten sich ihre politischen Rechte «in diesem angeblich neutralen Staat gegen massiven Widerstand erkämpft», vertauscht die Ebenen der Argumentation. Dieser Staat gebärdete sich doch nicht deshalb frauenfeindlich, weil er weltanschaulich neutral war. Im Gegenteil musste auch die Weltlichkeit des Staates der alten patriarchalen Feudalordnung abgetrotzt werden, die Menschen, insbesondere Frauen «im Namen Gottes des Allmächtigen» unterdrückte. Dass laizistische Politik nicht gleichzeitig feministische Politik war, ist noch kein Grund, zum weltanschaulich neutralen Staat auf Distanz zu gehen. Welchen andern Staat möchtest Du denn?

Ein feministischer Anarchismus?

5. Linke Traditionen, die sich «für die Weiterentwicklung» Eures «neuen Paradigmas» als hilfreich erweisen könnten, sehe ich im Anarchismus. Staat und Politik müssten erst einmal «absterben», damit der «Dualismus» von Personalethik und Sozialethik überwunden werden könnte. Wenn Ihr in diese Richtung denken würdet, nähme die Diskussion eine neue, eine sehr «politische» Wendung.

6. Dass *Wirtschaft* die Aufgabe hat oder hätte, Menschen mit Gütern und Dienstleistungen zu versorgen, ist ebenso unbestritten wie die Tatsache, dass sie dieser Aufgabe immer weniger gewachsen ist. Daraus herzuleiten, die Politik habe in der Wirtschaft nichts zu suchen, lässt allenfalls die neoliberalen Herzen höher schlagen. Dass die sich selbst überlassene Wirtschaft willens und in der Lage sei, das Gemeinwohl zu verwirklichen, behaupten sonst ja nur die Marktgläubigen. Für die gute alte Linke und auch für jene Teile des Bürgertums, die an einer Sozialen Marktwirtschaft festhalten, bleibt es demgegenüber Aufgabe der Politik, der Wirtschaft einen Rahmen zu setzen, damit sie gemeinwohlverträglich wirken kann. Oder wie willst Du z.B. die *Gleichstellung* in Fragen der Löhne, der bezahlten wie der unbezahlten Arbeit, der Arbeitszeitregelung und der Mitbestimmung verwirklichen, wenn nicht durch Politik?

Die Wirtschaft könnten wir nur dann sich selbst überlassen, wenn sie *demokratisch und genossenschaftlich* organisiert wäre. Von dieser autonomen, wenn nicht «anarchischen» Selbstregulierung sind wir angesichts der herrschenden Produktions-, sprich Eigentumsverhältnisse, weit entfernt. Wirtschaft demokratisiert sich nicht von selbst, noch wird sie unter neoliberalen und neokonservativen Bedingungen menschen- und frauenfreundlich. Wenn Feministinnen die Linke «ins Museum» schicken wollen, erhalten sie den Applaus von der falschen Seite.

Liebe Ina, der Erdrutsch, von dem Zürich bedroht ist, hat sich bei den kantonalen Wahlen vom 18. April ereignet. Ich grüsse Dich herzlich und bitte Dich um Verständnis für diesen anderen «Kontext».

Willy Spieler

■

gefehlt (TA 12.7.96). Und ein Unternehmensberater namens Werner Halter hat ein schlagendes Argument für die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU gefunden. Er will laut NZZ (28.3.96) dem «Fischbassin Schweiz» zur Kräftigung des Restbestands einige «Killerfische» verschreiben. In Paris eröffnete im Oktober 1997 eine Managerschule ihren Betrieb unter dem Namen «Ecole de Guerre économique» (Publik-Forum, 29.8.97).

Bei so viel verbaler Gewalt kann auch die *sexistische Sprache* nicht fehlen. Auf das Fehlen von Frauen im Verwaltungsrat von UBS angesprochen, macht sich ein PR-Mann lustig über die «reinen Verzierdamen, die im frauenfreundlichen Trend der achtziger Jahre gewählt wurden» (Treffpunkt, 19.2.98).

*

Der Neoliberalismus ist aus einer Ideologie eine Wirklichkeit geworden und hat dabei seine Einseitigkeit bis zur Schamlosigkeit übertrieben. Auf sein Konto geht eine gigantische Umverteilung von unten nach oben, mit der Folge, dass die Armen ärmer und die Reichen reicher wurden und immer noch werden. Selbst Kapitalisten zweifeln mittlerweile an «ihrem» System. Der US-amerikanische Finanzguru *Georges Soros* z.B. meint: «Mich beunruhigt die globale Freizügigkeit des Kapitals, das erschwert seine Besteuerung. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit der Staaten, soziale Leistungen anzubieten. Die Armen müssen mehr zahlen, weil die Reichen abhauen» (Spiegel, 6.4.98). An anderer Stelle sagt er gar: «Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung» (Zeit-Punkte, 6/97). Ich will aber nicht schon soweit gehen wie der Sozialethiker Peter Ulrich, der dem Tages-Anzeiger (29.12.98) diktiert hat, «dass der Neoliberalismus im Grunde genommen schon fast tot ist». Dann hätte sich dieser Essay erübrigt. Aber so schnell gibt der Neoliberalismus nicht auf.

1 Vgl. Bernhard Walpen, «Der Plan, das Planen zu beenden» – Zur Geschichte des Neoliberalismus, in: NW 1999, S. 4ff.
2 Vgl. Friedrich August von Hayek, Der Weg zur Knechtschaft, München 1994 (Neuauflage).
3 Hugo Assmann/Franz J. Hinkelammert, Götze Markt, Düsseldorf 1992.
4 Vgl. Götze Markt, a.a.O., S. 57.
5 Adam Smith, Der Wohlstand der Nationen, dtv-bibliothek, München 1978
6 Bernard Mandeville, Die Bienenfabel oder Private Laster, öffentliche Vorteile, Frankfurt a.M. 1980.
7 Leszek Kolakowski, Der Mensch ohne Alternative, München 1960.
8 Hans-Peter Martin / Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle, Hamburg 1996, S. 12ff.
9 Götze Markt, S. 57.
10 Religion der Ware, in: Concilium 1992, S. 195ff.
11 Götze Markt, S. 95.
12 Zit. nach: Stephan Rothlin, Gerechtigkeit in Freiheit, Frankfurt a.M. 1992, S. 62f.
13 Wissenschaft und Sozialismus, Tübingen 1979, S. 16.
14 Zit. nach Stephan Rothlin, a.a.O., S. 69.

Diskussion

Florence Nightingale: Reformerin, aber nicht Sozialistin

Zu Willy Spieler: Was ist der Sinn des Politischen (NW 5/99)

In meiner Kritik am Politikverständnis von Ina Praetorius und Andrea Günter habe ich Florence Nightingale zitiert: «Es ist zwecklos, um Befreiung von der Pest zu beten, solange die Kloaken in die Themse fliessen.» Ich verdanke das Zitat Konrad Farners «Theologie des Kommunismus?» (Frankfurt a.M.1969, S. 128f.). Farner bezeichnet hier Florence Nightingale als «grosse Christin». Ich habe aus ihr auch noch eine «Sozialistin» gemacht, was sie offensichtlich nicht war. Erika Ziltener, Historikerin, Krankenschwester und Zürcher SP-Kantonsrätin, stellt in der folgenden Zuschrift richtig, dass es sich bei Florence Nightingale um eine Reformerin handelte, die noch ganz dem «idealisierten bürgerlichen Frauenbild der Jahrhundertwende» entsprach. Mein Zitat enthielt vielleicht einen sozialistischen Satz, aber nicht den Satz einer Sozialistin. *W.Sp.*

Pionierin der Hygiene in der Krankenbetreuung

Die Engländerin Florence Nightingale (1820–1910)[1] kam aus sog. gutem Hause, und das bedeutete damals ein Leben im Müssiggang. Die junge Nightingale selbst meinte über ihren Tagesablauf, er sei nicht «mühselig», aber langweilig. Mit 17 Jahren notierte sie in ihren persönlichen Aufzeichnungen: «Gott sprach zu mir und berief mich in Seinen Dienst.»[2] Nach acht Jahren Suche wird sie diese Aussage als *Berufung zur Krankenpflege* interpretieren. Trotz aller Widerstände setzte sie sich über ihre Herkunft hinweg und bildete sich zur Krankenpflegerin aus. Ein mutiges Unterfangen, zumal die Tätigkeit einer Pflegerin zu Nightingales Zeit einer Frau aus «gutem Hause» schlechthin unzumutbar war.

Noch im letzten Jahrhundert wurden in den Krankenhäusern Menschen aus den *Slums,* den «Krähenlöchern», wie sie auch genannt wurden, gepflegt. Diese Menschen waren schmutzig, so schmutzig wie die Krankensäle in denen sie sich aufhielten. Dementsprechend galt der Beruf einer Pflegerin als «dreckig». Er wurde einerseits von «gefallenen Mädchen», die ihr Geld zur Hälfte als Pflegerin, zur anderen Hälfte als Prostituierte verdienten, und andererseits von Diakonissen sowie katholischen Nonnen und Brüdern ausgeübt.

Nightingale wollte keinen neuen religiösen Orden gründen, sondern den *Beruf* der Krankenpflege aufwerten und ihn allen Frauen zugänglich machen, die dazu die «sittlichen», geistigen und körperlichen Voraussetzungen hatten. Sie selbst erlernte die Krankenpflege in der ersten Diakonissenanstalt in Kaiserswerth am Rhein und im Selbststudium. In Kaiserswerth sah sie, dass ohne geeignete Hygiene eine *gute Betreuung* der Kranken unmöglich war. So setzte sie sich mit grossem Engagement für die Einführung von minimalen Hygienemassnahmen ein, wenn auch vorerst nur in einem Lazarett. Diese Massnahmen beschränkten sich auf «frische Luft, Licht, Reinlichkeit» und eine «angemessene Ernährung» für die Verletzten und Kranken.[3] Nightingales Erfolg war durchschlagend, schon innert kürzester Zeit senkte sich die Sterblichkeitsziffer deutlich. In den folgenden Jahren wurde Nightingale als Beraterin in Hygienefragen bei Neubauten von Spitälern und Lazaretten zugezogen.

Für die Verletzten und Kranken, die unter der Aufsicht von Nightingale gepflegt wurden, bedeutete dies nicht nur grössere Heilungschancen, sondern auch eine stark verbesserte Lebensqualität. Beides wurde nun aber nicht Nightingales Hygienereform zugeschrieben, sondern ihrem *«Frausein»,* ihrer Liebe und Güte. Darauf basierte denn auch die *Mythologisierung* Nightingales, und die grossen Verdienste um die Hygienereform gerieten nach ihrem Tode sehr schnell in Vergessenheit.

Bürgerliches Frauenbild

Florence Nightingale war eine Vertreterin der *Frauenbewegung,* obschon sie diese skeptisch beurteilte. Konsequenterweise zählte sie nicht zum progressiven Flügel innerhalb der Bewegung, der sich für die rechtliche Gleichstellung von Frau und Mann einsetzte. Im Gegenteil, sie sprach sich gegen das Frauenstimmrecht aus und lehnte es ab, dass Frauen und Männer das Medizinstudium unter den gleichen Bedingungen sollten absolvieren können.

Nightingale entsprach vollumfänglich dem *idealisierten bürgerlichen Frauenbild* der Jahrhundertwende. Es war ein Frauenbild, das auf dem Dualismus von Frau und Mann als zwei sich gleichwertig ergänzenden Einheiten basierte. Diese Einheiten setzten sich aus den gegenseitig korrespondierenden «Charaktereigenschaften» von Frau und Mann zusammen.[4] Die – scheinbar biologisch begründeten – Charaktereigenschaften des dichotomen Geschlechtermodells, das der Frau die Passivität, die Emotionalität, die Natur, ein Leben in der Privatheit und dem Manne die Aktivität, die Rationalität, die Kultur, ein Leben in der Öffentlichkeit zuordneten, ergänzten sich und ergaben zusammen eine Einheit.[5]

Florence Nightingale war eine grosse Frau ihrer Zeit. Sie prägte den Beruf der Krankenpflege nachhaltig und sie trug wesentlich dazu bei, dass der Beruf der Krankenpflege durch die Internalisierung des idealisierten bürgerlichen Frauenbildes zu einem *Frauenberuf* gemacht wurde. Ihr Einfluss wirkt im Grundsatz noch heute nach. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Tatsache, dass die Krankenpflege immer noch als Frauenberuf bewertet, strukturiert und entlöhnt wird. Dem skizzierten Frauenbild entsprechend konnte sich die grosse Eigenständigkeit, die Nightingale in der Hygienereform zeigte, in der Krankenpflege nicht durchsetzen. *Erika Ziltener*

1 Vgl. Florence Nightingale (1820–1910), «Wer helfen will darf kein sentimentaler Schwärmer sein», in: Novgard Kohlhagen, Frauen, die die Welt verändern, Frankfurt a.M 1981, S. 121–131.
2 Nightingale, a.a.O., S. 124.
3 Nightingale, a.a.O., S. 129.
4 Karin Hausen, Die Polarisierung der «Geschlechtscharaktere». Eine Spiegelung der Dissoziation von Erwerbs- und Familienleben, in: Werner Conze (Hg.), Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit Europas. Neue Forschungen, Stuttgart 1976, S. 363–393.
5 Esther Fischer-Homberger, Neue Materialien zur Krankheit Frau, in: Luise Pusch (Hg.), Feminismus. Inspektion einer Herrenkultur. Ein Handbuch, Frankfurt a.M. 1983, S. 308–339.

Zum feministischen Politikverständnis (NW 5 und 6/99)

Lieber Willy,

seit ich vom Ende des Patriarchats[1] rede und öffentlich Gespräche wie das über den Paradigmenwechsel im Politikverständnis führe, bekomme ich des öfteren zu hören, ich solle von meinem Berg herabsteigen und mich der Realität stellen. Auch aus Deiner zweiten Replik kommt es mir entgegen: Paradigmenwechsel? Realitätsverlust!

Die Logik, die hinter dieser Aufforderung zum Realismus steht, ist mir bekannt, denn ich habe mich jahrzehntelang in ihr geübt: Realität – das sind «harte Zahlen», Wahlresultate und statistisch gemessenes Elend. Was sonst?

Ja, es ist wahr: Ich lebe und denke in einem Kontext, in dem mir und meinen NachbarInnen reale Erdrutsche näher sind als hochgerechnete, in dem es, anders als im Zürcher Kantonsrat, überhaupt keinen Beifall gibt, weder von der richtigen noch von der falschen Seite. Das schafft mir die Freiheit, jenseits von Sieg und Niederlage, einigermassen unabhängig auch von diesem und jenem Mainstream, in Ruhe über zwanzig Jahre feministischer Praxis und über die mich umgebende Welt nachzudenken. Wäre es nicht schade, wenn dabei nichts anderes herauskäme als stramme Übereinstimmung mit Schongedachtem? Sollte die Tatsache, dass die Hälfte der Menschheit sich kürzlich Zugang zum öffentlichen Wirken und Sprechen erstritten hat, im politischen Denken nicht mehr nach sich ziehen als die Bestätigung sozialdemokratischer Doktrinen?

Es gibt definitiv mehr als zwei Arten, das Politische zu denken. Und es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich der «Realität» zu vergewissern. Deine Sorge, ich sei vom Mont Pèlerin ferngesteuert, scheint mir voreilig.

Mutterschaftsversicherung als Exempel

Es liegt nahe, die unterschiedlichen Positionen am Beispiel der abgelehnten Mutterschaftsversicherung durchzubuchstabieren, die erwartungsgemäss linkerseits als Beweis für die Rückständigkeit der gesamten deutschen Schweiz gewertet wird. Auch mein Dorf, das seinerzeit das revidierte Eherecht deutlich angenommen hat, steht der Mutterschaftsversicherung mit 110 zu 35 Stimmen ablehnend gegenüber. Mich hat dieses Ereignis erstaunlich wenig berührt, was mich zunächst selbst verwundert hat und was natürlich den Verdacht nahelegt, ich schützte mich selbst durch gewagte Neuinterpretationen des Faktischen vor dem Fortdauern der langweiligsten aller chronischen Depressionen.

Das Paradigma der weiblichen Freiheit[2] eröffnet mir nun aber tatsächlich andere Möglichkeiten, meinen zunächst gefühlsmässigen Widerstand gegen die pflichtschuldige Niedergeschlagenheit und die Volksverdummungstheorie zu deuten. Ich frage: Wer gibt mir das Recht, meine NachbarInnen, die ich im alltäglichen Zusammenleben und zuweilen auch in politischen Entscheidungen als vernünftige Menschen kenne, im Handumdrehen für gänzlich manipulierbar oder stockkonservativ zu halten? Könnte es noch andere Gründe für ihren Widerstand gegen die sozialstaatliche Anrechnung ihrer Arbeit geben als die angenommene Allgegenwart der neoliberalen Doktrin? Worin besteht in diesem Fall die «Lehre der Unbelehrbaren»[3]? Ist es tatsächlich ein Beweis für die Ungebrochenheit des Patriarchats und den Sieg des Marktes, wenn Frauen keinen Sinn darin sehen, ihr zivilisatorisches Werk[4] mit den kläglichen Brosamen «honorieren» zu lassen, die rechnende Hungerkünstler einem sinn- und zukunftsvergessenen Markt abgetrotzt haben, um «wenigstens ein Zeichen zu setzen»? Konnte sich in der Weigerung, dem Massstab Geld – und seiner abstrus ungerechten Anwendung – Zugang auch noch zu denjenigen Bereichen zu gewähren, in denen es erwiesenermassen freundlichere Massstäbe gibt, eine zukunftsweisende Einstellung zur Wirklichkeit ausdrücken?

Solche Fragen zu stellen bedeutet nicht, dass ich selbst die Mutterschaftsversicherung ablehne oder dass «die Geldfrage in der Geschlechterbeziehung keine Rolle mehr spielen soll». Es bedeutet aber, den Blick auf die Wirklichkeit nicht ausschliesslich von einer um Mehrheiten streitenden offiziellen Politik bestimmen zu lassen, sondern der liebevollen Auseinandersetzung mit der Art, wie einzelne Frauen ihrem Leben und ihrer Arbeit Bedeutung und Sinn geben, den Vorrang einzuräumen. Sehe ich aber die Welt mit den Augen einer Frau, die die Lehren ihrer Mütter und Grossmütter nicht verleugnet, so scheint mir unsere These, gelingendes Zusammenleben beruhe letztlich auf verantwortlich gestalteten und vermittelten Beziehungen, mindestens so realistisch wie Deine Behauptung, unabdingbare Voraussetzung für gelingendes Leben sei die «gerechte» Verteilung des Geldes. Hättest Du damit nämlich recht, so könnte es, angesichts der tatsächlichen globalen Verteilung des Geldes, auf dieser Welt keine einzige Frau mehr geben, die ihr Leben zuversichtlich und glücklich lebt. Es gibt aber solche Frauen, sie gehören den verschiedensten gesellschaftlichen Schichten an, und sie wissen, dass finanzielle Unabhängigkeit zwar die androzentrisch favorisierte, nicht aber die einzige Möglichkeit ist, ein freies und sinnvolles Leben zu führen. Was sie alltäglich tun, oft ganz ohne auf

das Tauschmittel Geld zurückzugreifen, ist weit entfernt von patriarchal vorgeschriebener «weiblicher Fügsamkeit» und ist für den Zusammenhalt dieser Gesellschaft von entscheidender Bedeutung: Es ist die Politik der gelingenden Beziehungen, eine weitgehend unsichtbar gemachte sinnstiftende Politik, die, so unsere These, heute, am Ende des Patriarchats, wieder öffentlich sichtbar wird, sich aber vorerst den Kategorien herkömmlichen Politisierens entzieht. Geld ist in dieser Politik nicht unwichtig, aber zweitrangig.

Weil ich diese selbstbewusster werdende Politik täglich wahrnehme, halte ich die Verzweiflung über das Scheitern korrekter Gleichstellungspostulate nicht mehr für der Weisheit letzten Schluss – selbst wenn ich mich über die Mutterschaftsversicherung gefreut hätte.

Der Haushalt Gottes ist mitten unter uns. Wer Ohren und Augen hat, der höre und sehe.

Zeit zum Nachdenken

Vielleicht ist es aber tatsächlich noch zu früh, den von der Frauenbewegung initiierten Paradigmenwechsel in eine linke Öffentlichkeit hineinvermitteln zu wollen, die mit der Rettung des Sozialstaates und ihrer eigenen Identität vollauf beschäftigt zu sein scheint. Ich möchte deshalb an dieser Stelle eine Pause in unserem Dialog vorschlagen, was nicht bedeutet, dass ich nicht auf die Fortsetzung der Debatte später und mit breiterer Beteiligung hoffe. Bevor ich mir sommerliche Erholung von der anstrengenden Arbeit des Umdenkens gönne, noch eine Frage und ein Hinweis:

Hast Du eigentlich Hannah Arendt und die Texte der italienischen Differenzdenkerinnen gelesen? Welchen «andern Staat ich möchte», kannst Du in NW 1/1999 auf Seite 35 nachlesen. Es ist nicht der Blochersche Schrumpfstaat, aber auch nicht der «neutrale».

Herzliche Grüsse vom Berg

Ina Praetorius

1 Vgl. Ina Praetorius, Zum Jahr 2000, in: MoMa 10/98, S. 19f. und in: Norbert Sommer (Hg.), Mythos Jahrtausendwechsel, Berlin 1998, S. 115–118.

2 Der Begriff der «weiblichen Freiheit» wird seit Jahren von den italienischen Differenzdenkerinnen entfaltet. Vgl. Libreria delle donne di Milano, Wie weibliche Freiheit entsteht. Eine neue politische Praxis, Berlin 1988.

3 Vgl. Ina Praetorius, Die Lehre der Unbelehrbaren, in: NW 12/1997, S. 343–349.

4 Vgl. Libreria delle donne di Milano, Das Patriarchat ist zu Ende, Rüsselsheim 1996.

Kleiner Nachtrag

Liebe Ina

Mit Deinem Vorschlag, unserem Dialog eine Pause zu gönnen, bin ich sehr einverstanden. Eine Debatte «über das feministische Politikverständnis» sollte auch sehr viel breiter geführt werden. Ich bin neugierig, inwiefern es weitere Feministinnen gibt, die den von Dir und Andrea Günter vorgeschlagenen Paradigmenwechsel nachvollziehen.

Nur einen Satz möchte ich richtigstellen: Ich sage an keiner Stelle, «unabdingbare Voraussetzung für gelingendes Leben sei die ‹gerechte› Verteilung des Geldes». Ich sage nur, dass Politik für gelingende Beziehungen nicht unmittelbar zuständig sein kann. Aufgabe der Politik ist es vielmehr, Voraussetzungen zu schaffen, die gelingende Beziehungen ermöglichen oder Hindernisse für gelingende Beziehungen wegräumen. Die Mutterschaftsversicherung wäre dafür ein gutes Beispiel (gewesen). Vielleicht sind wir uns darin sogar einig.

Und nun wünsche ich Dir viel sommerliche Erholung vom Umdenken. Ich werde die Pause gerne nutzen, um Deinen freundlichen Literaturhinweisen Folge zu leisten. *Willy Spieler*

War der Nato-Krieg vermeidbar? (NW 6/99)

War der Nato-Krieg vermeidbar? Ich fürchte, man hat in den letzten acht Jahren schon *zuviel ausprobiert*, vom blossen Zuschauen, als Panzerkolonnen die zivile Stadt Vukovar bombardierten und serbische Verbände anschliessend diejenigen massakrierten, die nicht fliehen konnten (alle Spitalinsassen), über Besorgnis und diplomatischen Druck, als Bosnien nach perfidem Muster in den Krieg gerissen wurde: 1. durch Schüsse auf eine Friedensdemonstration in Sarajewo, 2. mit wohlvorbereiteten nächtlichen Liquidierungsaktionen gegen alle Nichtserben im Raum Brcko und

Gelingende Beziehungen versus Gerechtigkeit? Eine falsche Alternative für feministische Politik

Zum Politikverständnis von Ina Prätorius und Andrea Günter (NW 5/99, 6/99, 7/8/99)

Der Mensch ist nicht zwei.[1] Der Mensch ist *viele*. «Der Mensch» als unterstellte Einheit bleibt ein Suchbegriff: Wer das denn sei, der Mensch, muss ein offener Prozess bleiben, weil wir nicht wissen können, wer sich noch eintragen wird in das Gesamtkonzept «Mensch», mit wem bisher noch nicht gerechnet wurde. «Der Mensch» ist daher unberechenbar viele Einzelne, menschliche Möglichkeiten, von denen nicht eine oder zwei zur Norm erhoben werden können.

«Geschlecht» spielt eine wichtige Rolle, aber in welchem Ensemble es sie jeweils spielt, macht die vielen unterschiedlichen Charaktere aus, die «Geschlecht» annehmen kann. Die Phase, in der die feministische Bewegung das Geschlechterverhältnis quasi zum Hauptwiderspruch erklärt hat, alle anderen Differenzen – besonders die Differenzen zwischen Frauen – zu Nebenwidersprüchen, liegt seit circa 15 Jahren hinter uns. Liegt diese Phase hinter uns?

«Wir wollen kein grösseres Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei»

Eine der virulentesten Debatten unter westlichen akademischen Feministinnen findet aktuell zwischen *Differenztheoretikerinnen* und *Dekonstruktivistinnen* statt. Ina Prätorius und Andrea Günter ordnen sich dabei klar der Differenztheorie zu: «Wer sind wir? Was bedeutet die Geschlechterdifferenz für unser Leben?»[2] Über dekonstruktivistischen Feminismus sagt Andrea Günter: «Ein grosser Teil der Feministinnen zieht heute alles in Zweifel, sogar die Aussagekraft der ‹Kategorie Frau› oder der ‹Kategorie Geschlecht›, also derjenigen Begriffe, die einmal die Grundlage des Frauenkampfes gebildet haben. Der Unterschied zwischen Kritik und Zweifel ist, dass Kritik immer noch davon ausgeht, etwas wissen zu können, während der Zweifel die Möglichkeit des Wissens selbst auflöst.»[3]

Das will ich nicht unwidersprochen stehen lassen: Die Differenztheorie ist mehr als in Gefahr, *Geschlechterdualismen* zu zementieren. Bei gleichzeitiger Aufwertung des traditionell als weiblich Erklärten setzen ihre Vertreterinnen Weiblichkeit und Männlichkeit voraus; sie werten sie nur um, statt diese Aufteilung als Teil des Problems zu verstehen: «‹Männlichkeit› und ‹Weiblichkeit› sind historische Geschlechtskrankheiten»[4], heisst das prägnant bei *Christina Thürmer-Rohr* (im allerdings nicht unproblematischen Bild «Krankheit»). Gegenüber der ahistorischen Sicherheit, was denn weiblich und männlich sei, bevorzuge ich in der Tat den Zweifel an den Kategorien «Frau» und «Geschlecht», die um der kollektiven Handlungsfähigkeit «der Frauen» willen zu oft benutzt worden sind, um zu vereinnahmen und zu nivellieren. Ich komme darauf zurück.

Zweifel löst deshalb m.E. keineswegs «die Möglichkeit des Wissens selbst»[5] auf, sondern eröffnet allererst die Möglichkeit, das eigene Wissen im Dialog mit anderen Wissen als ein einzelnes und begrenztes zu erkennen. Dazu die feministische Kulturtheoretikerin und Filmemacherin *Christina von Braun:* «Es sollte gelegentlich daran erinnert werden, dass sich das Wort ‹Zweifel› in allen indoeuropäischen Sprachen vom Wort ‹Zwei› ableitet, von dem Begriff also, der es überhaupt erst erlaubt, den anderen zu denken und damit auch die Universalität des einen in Frage zu stellen.»[6]

Meines Erachtens steht den Differenztheoretikerinnen unbestritten das Verdienst zu, eine zentrale Problemanzeige erhoben zu haben: Feminismus ist mehr als *Gleichstellung,* wenn Gleichstellung denn bedeutet, Frauen zu den herkömmlich männlichen Bedingungen in traditionell männliche Domänen einzugliedern und sonst alles beim Alten zu lassen. Vertreterinnen der Differenztheorie machen auf die Zukunftsunfähigkeit solcher «Gleichstellung» aufmerksam: Die Analyse, dass Männern und Frauen komplementäre Welten zugewiesen werden, wobei der als «weiblich» geltende Bereich gegenüber dem männlichen abgewertet und entmachtet wird, muss mehr und andere Konsequenzen haben, als die blosse Zugangsberechtigung für Frauen zur Männersphäre. Mit einem alten feministischen Slogan gesprochen: «Wir wollen kein grösseres Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei.»

«Das Private ist das Politische»

Dort, wo die Differenztheorie auf diese Weise kritische Negation des visionslos Realpolitischen bleibt, erscheint sie mir am weitsichtigsten. Verkürzt oder schwammig wird sie dort, wo sie versucht, dieses «Andere» zur Realpolitik positiv zu fassen.

Die starke Seite der Differenztheorie finde ich in Andrea Günters und Ina Prätorius' Absicht, die Arbeitsteilung zwischen dem (weiblich konnotierten) *Privaten* und dem (männlich besetzten) *Öffentlichen* so nicht hinzunehmen. Ich stimme zu, dass «Sinnstiftung» – ebenso wie der Bereich von Ethik und Moral – delegiert ist an Frauen, Priester, Ethik-Expertinnen und alle, auf die es sonst noch nicht ankommt, so dass der «realistische, ernsthafte» Bereich seine «notwendige Härte» bzw. das, was als solche legitimiert wird, untangiert von Irritationen wie Sinnfragen oder Bedenken nach seinen rein instrumentellen Gesetzen vollstrecken kann. Die herrschende Konstruktion der Geschlechterbereiche funktioniert in Bezug auf Sinnstiftung als Entmoralisierung des Politischen und Entpolitisierung des Moralischen. Die Problematik ist, dass die Bereiche komplementär angeordnet sind.

Diese *Komplementarität* aber wird von Ina Prätorius und Andrea Günter nicht angetastet, ihre Bewertung wird nur *umgedreht:* «Es bedeutet aber, den Blick auf die Wirklichkeit nicht ausschliesslich von einer um Mehrheiten streitenden offiziellen Politik bestimmen zu lassen, sondern der liebevollen Auseinandersetzung mit der Art, wie einzelne Frauen ihrem Leben und ihrer Arbeit Bedeutung und Sinn geben, den Vorrang einzuräumen.»[7] So lautet eine der beibehaltenen Gegenüberstellungen mit umgekehrten Vorzeichen. Auch das Stück Kuchen von der gegenteiligen Torte, egal wie gross oder wertvoll es wäre, ist nicht die Bäckerei und bleibt weit hinter ihren Möglichkeiten zurück.

«Das Private ist das Politische» – dieser feministische Grund-Satz richtete und richtet sich gegen die *Ausklammerung der Geschlechterverhältnisse* aus der öffentlichen Verantwortung und Wahrnehmung; häusliche Männergewalt ist nur ein besonders einleuchtendes Exempel für Ausklammerung und öffentliche Verantwortungslosigkeit, nicht das einzige. Beispiel *Mutterschaftsversicherung:* Ein im europäischen Vergleich erbärmliches Gesetz wurde abgelehnt. Seine Annahme wäre ein Signal in die richtige Richtung gewesen, aber noch lange nicht die Verwirklichung der schlicht gerechten Forderung, Frauen nicht strukturell fürs Kindergebären wirtschaftlich und arbeitsmarktpolitisch zu bestrafen, indem etwas so Natürliches wie eine Geburt in der an Männerbiographien ausgerichteten Arbeitskonzeption eine grosse Krise ist, deren Bewältigung einseitig den Müttern aufgebürdet wird. Ina Prätorius, nach eigener Aussage «erstaunlich wenig berührt»[8] von der Ablehnung der Mutterschaftsversicherung, fragt sich hingegen: «Konnte sich in der Weigerung, dem Massstab Geld – und seiner abstrus ungerechten Anwendung – Zugang auch noch zu denjenigen Bereichen zu gewähren, in denen es erwiesenermassen freundlichere Massstäbe gibt, eine zukunftsweisende Einstellung zur Wirklichkeit ausdrücken?»[9]

«Lazarett für die heimkehrenden Helden»

Diese Frage möchte ich auf mehreren Ebenen beantworten: Ohne Zweifel werden im privaten Bereich utopische Werte gelebt, z.B. *Fürsorglichkeit* statt Tauschwertorientierung und Konkurrenz. Ohne Zweifel stützt die Zuordnung des privaten zum öffentlichen Bereich als «Lazarett für die heimkehrenden Helden» aber die rücksichtslose Härte und Gewalt im öffentlichen Leben. In der feministischen Friedenspolitik ist uns seit langem das problematische Konzept der «friedfertigen Frau» bekannt, welches (militärische und andere) Gewalt biologisiert, die Funktion von Frauen als «Gegenstück» für militarisierte männliche Identitäten sowie als Schutz- und Eroberungsobjekt unberührt lässt und vor allem verschleiert, wie gesellschaftliche Strukturen Männergewalt tolerieren und herstellen.

Wenn Ina Prätorius lieber dem unfreundlichen Massstab Geld keinen Zugang gewährt zu «denjenigen Bereichen (...), in denen es erwiesenermassen freundlichere Massstäbe gibt»[10], klingt das, als wolle sie den unberührt unschuldigen privaten Bereich vor dem Schmutz der feindlichen Welt draussen schützen im bürgerlichen Gestus des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, statt die komplementäre Funktionsweise dieser freundlicheren Welt zur unfreundlichen zu problematisieren. Die *Delegation von Sinnstiftung* an die weibliche Hälfte der Welt wird damit nicht verändert, sondern *zementiert*. Diese Gegenüberstellung wiederholt patriarchale Dualismen wie die von Politik und Privatem, Geld versus Sinn, Gerechtigkeit gegen Glück – sie ist in diesem Sinne nicht einmal *neo*konservativ.

Wer kann es sich leisten, auf Geld zu verzichten?

Ein Zweites: Einige Differenztheoretikerinnen tun sich schwer, *Differenzen zwischen Frauen* so ernst zu nehmen wie die Geschlechterdifferenz. Wenn Ina Prätorius von der «Tatsache, dass die Hälfte der Menschheit sich kürzlich Zugang zum öffentlichen Wirken und Sprechen erstritten hat», berichtet, fragt es sich, *welche* Frauen sich seit kurzem am öffentlichen Diskurs beteiligen können. Das vorausgesetzte «Wir» ist doch feministischerseits in langen und schmerzhaften Debatten als weiss, westlich, mittelständisch, gebildet, nichtbehindert, heterosexuell, christlich, kurz: als dominant entlarvt worden. Wenn also Andrea Günter schreibt: «Statt immer nur zu fordern, dass das Geld gerecht verteilt werden soll und damit die Wichtigkeit des Geldes zu bestätigen, könnten wir öffentlich sagen, dass das Geld gar nicht wirklich unsere ‹Existenzgrundlage› ist»[11], frage ich mich, wer da so wenig auf Geld angewiesen ist.

Endgültig wütend werde ich bei Ina Prätorius' Suggestivfrage: «Ist es tatsächlich ein Beweis für die Ungebrochenheit des Patriarchats und den Sieg des Marktes, wenn Frauen keinen Sinn darin sehen, ihr zivilisatorisches Werk mit den kläglichen Brosamen ‹honorieren› zu lassen, die rechnende Hungerkünstler einem sinn- und zukunftsvergessenen Markt abgetrotzt haben (...)?»[12] Weit entfernt von «Honorierung» oder auch nur Kompensation hätte der Ertrag der Mutterschaftsversicherung gerade alleinerziehenden Müttern einen Beitrag zur *prekären Existenzsicherung* geleistet. Diese Frauen waren es nicht, die die Mutterschaftsversicherung nicht utopisch genug für ihr feministisches Verständnis gefunden und abgelehnt hätten. Es waren z.B. Frauen und Männer, wie ich sie beim Abstimmungsstand in Sachen Mutterschaftsversicherung, Zürcher Frauenzentrum und Asylgesetzrevision erlebt habe und von denen mir UnterschriftensammlerInnen erzählten: Sie sahen nicht ein, warum die jungen Frauen eine Unterstützung haben sollten, die ihnen selbst versagt worden war, als sie Kinder bekamen; ja, der Satz: «Warum sollen die es besser haben als wir?» ist oft gefallen. Genau so oft haben wir gehört, dass ja doch nur die kinderreichen Ausländerinnen das Geld wegtragen würden.

Die Ablehnung der Mutterschaftsversicherung perpetuiert also die *Ungerechtigkeit,* die den Grossmüttern und Müttern widerfahren ist, zu ihren Töchtern und Enkelinnen. Ebenso verlängert sie das Unrecht auf jene Ausländerinnen, deren Kinder unsere AHV zahlen werden.

Die Mutterschaftsversicherung hätte nicht gelingende Beziehungen garantiert, aber ihnen ein paar Hindernisse aus dem Weg geräumt!

Gerechtigkeit, politisch und sozial, kann, wenn sie hergestellt wird, den *Rahmen* bilden, in dem *Glück* stattfinden kann. Den Raum innerhalb des Rahmens, um eine theologische Denkbewegung zu verwenden, können wir schützen, dürfen ihn aber nicht betreten, um ihn inhaltlich festzulegen. Glück kann erlaubt oder erschwert werden, aber nicht gemacht. Über das Verhältnis von gelingenden Beziehungen und Sinnstiftung zur herkömmlichen Politik nachzudenken, ist weiterführend und verdienstvoll. Aber gelingende Beziehungen gegen soziale Gerechtigkeit auszuspielen, ist unsolidarisch. Sollen wir wählen müssen zwischen gelingenden Beziehungen und Gerechtigkeit? Das kann's doch nicht gewesen sein.

Dorothee Wilhelm

1 Vgl. den Buchtitel der Philosophinnengruppe «Diotima»: Der Mensch ist Zwei. Das Denken der Geschlechterdifferenz, Wien 1989.
2 Gespräch, in: NW 1999, S. 146.
3 ebd.
4 Christina Thürmer-Rohr, Vagabundinnen. Feministische Essays. Berlin 1987. Darin: Weiblichkeit als Putz- und Entseuchungsmittel, S. 106–121, 120.
5 Gespräch, S. 146.
6 Christina von Braun, «Frauenkrankheiten» als Spiegelbild der Geschichte, in: Farideh Akashe-Böhme (Hg.), Von der Auffälligkeit des Leibes. Gender Studies, Frankfurt a. M. 1995, S. 98–129, 125.
7 Ina Prätorius: Zum feministischen Politikverständnis, in: NW 1999, S. 240.
8 ebd.
9 ebd.
10 ebd.
11 Gespräch, S. 146.
12 Ina Prätorius: Zum feministischen Politikverständnis, in: NW 1999, S. 240.

Wider die Aufteilung zwischen einer Politik des äusseren Rahmens und der privaten Sinnsuche

Liebe Dorothee, Du hast etwas Richtiges bemerkt: In unserem Gespräch zum «Paradigmenwechsel» (NW 5/99) und in den daran anschliessenden Diskussionsbeiträgen (NW 6,7/8/99) haben wir bzw. habe ich an einigen Stellen den Eindruck erweckt, es gehe darum, zwischen einer Politik der Beziehungen und der herkömmlichen Politik des Ausrechnens von Ansprüchen in einem ausschliessenden Sinne zu *wählen.*[1] Darum kann es im Kern ebensowenig gehen wie um die Frage, ob Differenzdenkerinnen oder Dekonstruktivistinnen «recht haben». Es geht um die Frage, was eine menschenfreundliche und im Sinne des guten Lebens für alle wirksame Politik wäre.

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Was sich zur Zeit «Politik» nennt, darüber sind wir uns vermutlich einig, ist durchaus erneuerungsbedürftig. Und deshalb ist es notwendig, gegen den Strich zu denken, scheinbar eindeutige Fakten neu zu interpretieren, falsche Dualismen aufzulösen, politisches Handeln ausserhalb der eingeschliffenen Raster von Parteilinien, Mehrheiten und festgezurrten Positionen zu erkennen und zu fragen, was *wirklich* den *alltäglichen Zusammenhalt* dieser Gesellschaft, soweit er noch da ist, aufrechterhält.

Dass bei dieser Wahrnehmungs- und Denkbemühung ständig die Gefahr besteht, in *Schubladen* gesteckt zu werden, die auf die eine oder andere Weise nicht passen[2], daran gewöhne ich mich allmählich, auch wenn die in Zeiten des Übergangs vielleicht unvermeidlichen Missverständnisse mich immer wieder traurig oder konfus machen. Ich fände es gut, wenn wir Feministinnen uns einmal grundsätzlich darüber einigen könnten, dass die andro-

zentrische Sprache oft nicht hinreicht, um auszudrücken, was wir meinen, und dass wir deshalb alle auf begrifflichen Seilen tanzen und nicht gefeit sind vor Formulierungen, die frau, wenn sie will, «konservativ» oder «unsolidarisch» oder sonstwie daneben finden kann. Ich meine, eine solche Einigung würde uns und der Sache, um die es geht, gut tun.

Was wir mit unserer *These vom Paradigmenwechsel* tun, ist, in Deinem Bild gesprochen, dies: Weit davon entfernt, «die Komplementarität der Geschlechter nicht anzutasten», *haben* wir uns, jedenfalls was das Denken angeht, die ganze Bäckerei bereits *genommen* und sind jetzt dabei zu prüfen, ob die Werkzeuge, die man uns hinterlassen hat, taugen, um gutes Brot zu backen. Eine politische Theorie nun, die uns Menschen aufteilt in zwei Hälften, von denen die eine einen «Rahmen» setzt, den sie nicht betreten darf, weil darin das ganz private Glück der anderen stattfinden soll, erscheint uns etwa so unzweckmässig wie eine Apparatur, die beim Brotbacken dafür sorgen würde, dass Hefe und Mehl sich niemals berühren. Entspricht denn diese politische Theorie Deiner Erfahrung? Schreibst Du nicht selbst, dass es ein Verdienst der *dekonstruktivistischen Differenztheorie*[3] ist, diese Aufteilung in ein instrumentell zu organisierendes Aussen und ein moralisches Innen zu durchkreuzen? Mir jedenfalls gelingt es nicht, mich oder andere Menschen zu zerlegen in politische Rechner und private Sinn- und Beziehungssucher. Vielmehr stelle ich fest, dass die meisten Frauen (Menschen) sinnvolle Dinge tun und in guten Beziehungen leben wollen, wo sie gehen und stehen, ausserhalb und innerhalb dieses ominösen «Rahmens».

Warum soll ich eigentlich nicht «konservativ» sein?

Ich bin es leid, mit Theorien zu arbeiten, die der Wirklichkeit nicht gerecht werden, und höre deshalb nicht mehr auf, bessere Worte zu suchen, selbst wenn andere mir dafür eigenartige Titel anhängen. Aber warum soll ich eigentlich nicht «konservativ» sein, wenn ich die Bäckermeister, die mit solchen unsachgemässen Begriffswerkzeugen schlecht bekömmliches Brot gebacken haben, nicht mehr als Meister anerkenne? «Konservativ» heisst «bewahrend». Dass wir – zum Beispiel – «die Schöpfung bewahren» sollen, darüber sind wir uns in unseren linkschristlichen Kreisen – und weit darüber hinaus – doch eigentlich schon lange einig.

Was die Mutterschaftsversicherung angeht, so habe ich erklärt, dass ich selbst sie befürworte, dass ich aber, statt mich der *Volksverdummungstheorie* anzuschliessen, lieber nachfrage: Was hat die alleinerziehende Mutter, die weder für noch gegen die Versicherung, sondern überhaupt nicht abgestimmt hat, uns Feministinnen und den PolitikerInnen zu sagen? Welche *Erfahrungen* hat die Grossmutter gemacht, die ihrer Enkelin das Geld nicht «gönnt»? Sind es nur Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung oder vielleicht auch von einer Solidarität jenseits des Geldes? Ich weiss die Antworten auf solche Fragen nicht, denn nur andere können sie mir in konkreten Gesprächen geben. Vermutlich würden sie meine positive Einstellung zur sozialstaatlichen Absicherung der Mutterschaft nicht verändern. Aber die Fragen wie die Antworten bringen das politische Denken und Handeln weiter als die Idee, jede Frau, die aufgrund ihrer Lebenserfahrung andere Entscheidungen trifft als ich, sei deshalb dumm oder unmoralisch. Die Stimme der wirklichen, der nichtimaginierten Frauen hat das Patriarchat zum Verstummen gebracht. Warum sollten wir diese feministische Grunderkenntnis nicht ernst nehmen und einander jetzt, da wir die Möglichkeit dazu haben, öffentlich zum Sprechen bringen, über die meisten patriarchal gesetzten Abgrenzungen und Tabuzonen hinweg?

Im übrigen meine ich, dass einige der Aussagen, die mir im Gespräch über den Paradigmenwechsel besonders wichtig sind, in der Debatte überhaupt noch nicht zur Sprache gekommen sind: zum Beispiel Andreas Aussage, die *Aufkündigung des*

bürgerlich-androzentrischen Ehevertrags durch die Frauen sei *«das* wesentliche politische Ereignis der vergangenen Jahrzehnte»(NW 5/99, S. 148).

Ich freue mich auf die Fortsetzung des Gesprächs und grüsse Dich herzlich.

Ina Praetorius

1 Ausführlicheres zum Verhältnis der Politikverständnisse in: Ulrike Wagener, Dorothee Markert, Antje Schrupp, Adrea Günter, Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn. Flugschrift über Weiberwirtschaft und den Anfang der Politik, Rüsselsheim 1999, v.a. S. 26ff. Insgesamt gibt es derzeit im feministischen Denken eine Bewegung, die den Stellenwert herkömmlichen Politik-Machens von menschlichen Grundgegebenheiten her neu positioniert. Vgl. neuerdings: Martha Nussbaum, Gerechtigkeit oder das gute Leben, Frankfurt a.M. 1998; Hadwig Müller, Leidenschaft. Stärke der Armen – Stärke Gottes, Mainz 1998.

2 Liebe zur Freiheit, a a.O., S. 11.

3 Es besteht ein entscheidender, aber immer wieder ausgeblendeter Unterschied zwischen naiven Differenztheorien, die die Komplementarität der Geschlechter «nur umdrehen», und solchen, die die Dekonstruktion vermeintlicher Komplementaritäten voraussetzen und dennoch an der Relevanz der Geschlechterdifferenz festhalten.

Wo sind die Genossinnen und Genossen im Islam? (NW 9/99)

Seit Jahren gehört die Vorstellung, in Köniz nicht nur von Strassenputzmaschinen, Pressluftbohrern, Kindergeschrei und Kirchenglocken, sondern auch vom Gesang des Muezzin – und sei es eine über Megafon verbreitete Konserve – geweckt zu werden, zu meinen Wunschträumen. Wahrscheinlich werde ich die Realisierung dieser Utopie nicht mehr erleben. Umso mehr freute mich das Islamheft der Neuen Wege als Mosaiksteinchen zur Ebnung des Weges in diese Richtung.

Religiös motivierter Sozialismus im Islam

Allerdings vermisste ich in der Nummer einige auf NW-LeserInnen hin spezifizierte Themen und Hinweise zum Themenkreis *«Islam und Sozialismus»* bzw. die Beantwortung der Frage, welches die Genossinnen und Genossen der christlichen religiösen SozialistInnen im Islam sind. Ich stellte mir diese Frage schon nach der Lektüre des Berichts vom Kongress des Internationalen Bundes Religiöser Sozialistinnen und Sozialisten 1997 in Espoo (vgl. NW Nr. 10/1997, S. 307f.). Muslimische GesprächspartnerInnen werden dort mit keinem Wort erwähnt. Ist es möglich, dass ausgerechnet religiöse SozialistInnen den Austausch und die Zusammenarbeit über Religionsgrenzen hinweg vernachlässigen? Oder fehlt es schlicht an PartnerInnen im muslimischen Raum? Da wüsste ich gerne mehr.

Selber kann ich zur Beantwortung dieser Frage, die vielleicht auch andere interessiert, nur den einschlägigen Abschnitt aus einem Buch referieren, das in der appetitlich kommentierten Literaturliste von Al Imfeld leider fehlt – für mich gehört es zu den Trouvaillen erster Klasse der letzten Jahre:

Andreas Meier, Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt, Peter Hammer Verlag, Wuppertal 1994.

Das Buch ist eine äusserst klug und informiert kommentierte Anthologie politisch einschlägiger Texte, die den des Arabischen unkundigen deutschsprachigen LeserInnen sonst absolut unzugänglich wären. Es sind Primärquellen, die einen geradezu intimen Einblick in das gegenwärtige politisch-islamische Denken, Fühlen und Handeln erlauben, von Saddam Husseins Heldenrede aus dem Jahr 1981 über Muhammad Chalids Reflexion über «Jesus, Muhammad und die Verantwortung des religiösen Gewissens» bis hin zum Wirtschaftsprogramm der islamischen Heilsfront in Algerien.

Was nun das Thema des religiös motivierten Sozialismus angeht, so wird es in diesem Buch anhand einer Streitschrift des 1910 im syrischen Homs geborenen Rechtsgelehrten *Mustafa as-Siba'i* aus dem Jahr 1959 mit dem Titel «Der islamische Sozialismus» aufs Tapet gebracht. Darin geht es dem Moslembruder keineswegs um eine Integration sozialistischer oder kommunistischer Überlegungen in den Islam. Angesichts der damaligen Propaganda der Ba'ath-Partei in Syrien und anderer sozialistischer Parteien im arabischen Raum geht es ihm vielmehr darum zu zeigen, dass der Islam selber ein viel perfekteres sozialistisches System anzubieten hat, das unter dem Propheten *Muhammad* in der Verfassung für die Stadt *Medina* ausgearbeitet wurde und seit Jahrhunderten erfolgreich praktiziert wird.

«Soziale Solidarität» als Leitbegriff

Leitbegriff der Schrift ist die «soziale Solidarität» *(at-takaful al-idschtim'i)*, die auf der fünften Säule des Islam, der Sozialsteuer *(zakat)*, basiert.